

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 88 846 ppbm
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Marion Caspers-Merk MdB zu
den umstrittenen Ökobilanzen:
"Alles Milchflasche oder was?"
Seite 1

Ottmar Schreiner MdB zur
Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-
krise: Sozialpolitik als Stand-
ortfaktor.
Seite 3

48. Jahrgang / 200

19. Oktober 1993

Alles Milchflasche oder was? Ökobilanzen als politischer Zankapfel

Von Marion Caspers-Merk MdB
SprecherIn der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquete-
Kommissionen Schutz des Menschen und der Umwelt

Um umweltfreundlich einzukaufen, muß man wissen, was umweltfreundlich ist. Aus diesem Grund erwarten viele Verbraucherinnen und Verbraucher zum Beispiel von Ökobilanzen Klarheit darüber, welchem Produkt sie mit gutem Gewissen den Vorzug geben können.

Für Verpackungen liegt nun eine vor - im Vorfeld hoch gehandelt und mit Spannung erwartet. Doch die Verbraucherinnen und Verbraucher werden dadurch nicht klüger. Wir wissen jetzt zwar, daß sich bei Bierflaschen Mehrwegsysteme bis zu einem Transportumkreis von 250 km rechnen und in Hinsicht auf die Beeinträchtigung der Umweltmedien Luft, Boden, Wasser den Einwegverpackungen, allen voran den Dosen, ökologisch deutlich überlegen sind. Bei Milchflaschen sind die Ergebnisse nicht ganz so eindeutig, da mit der ideal stapelbaren Verbundverpackung mehr Milch auf einem LKW transportiert werden kann als in Milchflaschen. Beschränkt sich die Verbraucherin in Kiel auf Milch aus der Region, ist die Mehrwegflasche überlegen. Will sie dagegen unbedingt die "gesunde" Alpenmilch genießen, hat die Verbundverpackung Vorteile.

Damit wird aber nur bestätigt, was auch alle bislang vorliegenden Ökobilanzstudien eindeutig gezeigt haben: Mehrweg rechnet sich bei kurzen Transportwegen und bei hohen Umlaufzahlen für die Flaschen. Bei der derzeitigen Brisanz der Abfallfrage mit knappem Deponieraum und mangelnder Verbrennungskapazität muß sich der Bundesumweltminister deshalb fragen lassen, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, die politischen Rahmenbedingungen für Mehrwegsysteme deutlich zu verbessern. Schon längst hätte die Kennzeichnung aller Verpackungen, die Verpflichtung des Handels, Mehrwegsysteme zu führen sowie die Standardisierung der Gefäße eingeführt werden können. Aber der Umweltminister hat eben nicht gehandelt, sondern die beteiligten Industriekreise, interessierte Verbraucherverbände und die Kommunen auf das Erscheinen der Ökobilanzstudie vertröstet. Jetzt kann sich aus dieser Ökobilanz jeder das herausuchen, was in sein wirtschaftspolitisches und ökologisches Konzept paßt, und der Streit um Einweg oder Mehrweg wird weitergehen - nur auf umfangreicherer Datenbasis.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Presshaus 1/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 08, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vermeidung Umweltschäden
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Welches Umweltziel jeweils höher zu bewerten ist, muß letztlich politisch entschieden werden. Insofern bieten Ökobilanzen keinen Ersatz für politische Entscheidungen und sind nicht der Stein der Weisen, aber sie können Entscheidungshilfen sein. Man muß sich allerdings fragen, ob bei dreieinhalb Jahren Arbeitszeit, erheblichen Kosten und in Teilbereichen nicht vollständig erfaßten Daten bei der jetzt vorgelegten Ökobilanz dieser Aufwand überhaupt gerechtfertigt ist.

Zur Lösung aus unserer Abfallmisere gibt es prinzipiell zwei Lösungswege: Einen bequemen und einen mühsamen. Der bequeme Weg zieht aus den überall herumliegenden "Wertstoff"-Bergen, der Endlichkeit des Deponievolumens und den Knappheiten bei den Verbrennungskapazitäten den Schluß, daß mehr Verbrennungskapazität geschaffen werden muß. Die energetische Verwertung von Verpackungen spart Zwischenlagerkosten, ist dank unserer hohen Umwelttechnologie ökologisch verantwortbar und hat eine gewisse Plausibilität, weil immerhin der Heizwert, beispielsweise von gebrauchten Kunststoffen oder Verbundkartonagen, genutzt wird. Zur Vermeidung von Abfällen und zu einer Verringerung unseres übermäßigen Ressourcen- und Energieverbrauchs leistet sie keinen Beitrag.

Der mühsame Weg bedeutet eine Umstellung unserer Konsumgewohnheiten und damit ein verstärktes Engagement aller Bürger, denn er verlangt einen konsequenten Vorrang für Mehrweg. Damit einher geht die Standardisierung von Verpackungsmaterial, Kennzeichnung und sortenreine Sortierung dieser Materialien sowie ihre stoffliche Verwertung. Es bedeutet aber auch eine - aus verkehrspolitischer Sicht ebenfalls dringliche - Regionalisierung unserer Versorgungsstrukturen. Es ist fraglich, ob Äpfel aus Argentinien ein Mehr an Lebensqualität bedeuten. Und die EG-normierte, pasteurisierte und homogenisierte Alpen-H-Milch in Kiel unterscheidet sich außer im Verpackungsaufdruck nur durch ihren Beitrag zu Verkehrsstaus von der H-Milch aus Holstein.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Weg Anstrengungen aller Beteiligten, der Industrie, des Handels, der Politik, aber auch der Verbraucherinnen und Verbraucher erfordert. Vor allen Dingen sind dabei neue Produkte und Packmittel nötig, da viele der heute angebotenen Produkte und Materialien weder für Langlebigkeit bzw. Reparaturfreundlichkeit noch für eine schadstoffarme und energieeffiziente Wiederverwertung geeignet sind. Aber es ist der einzige Weg, der unsere ressourcen- und energieintensive Wirtschaftsweise grundlegend in Frage stellt und überdenkt. Er bietet einen Ausweg aus dem Lemming-Syndrom und dem "business as usual", denn er entläßt uns nicht aus der Verantwortung für all das, was wir täglich konsumieren und als Abfall hinterlassen.

Dabei hat er einen unbestreitbaren Vorteil: Wir brauchen für ihn Kreativität und Engagement, und diese Anstrengungen werden sich langfristig lohnen, weil wir die Ersten sein können, die umweltverträgliche Verpackungen herstellen und die eine moderne Entsorgungswirtschaft für den unvermeidlichen Rest aufbauen werden. Das ist doch viel reizvoller als der einfache Gang zum Ofen.

(-/19. Oktober 1993/ks/ks)

Sozialpolitik als Standortfaktor **Ursachen der Krise**

Von Ottmar Schreiner MdB
Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise in Deutschland ist überwiegend Folge der weltweiten Rezession, die sich wegen der DM-Aufwertung und der ausgeprägten Exportorientierung unserer Volkswirtschaft in Deutschland besonders stark auswirkt. Darüber hinaus gibt es erhebliche Innovations- und Modernisierungsdefizite der deutschen Wirtschaft. Die Entwicklung und Einführung neuer Produkte und verbesserter Produktionsverfahren ist Aufgabe des Managements. Die Unternehmen haben jedoch die über Jahre günstigen Angebotsbedingungen mit hohen Gewinnen nicht ausreichend genutzt, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Die Sonderprobleme der deutschen Einheit verstärken und überlagern die Krise.

Dagegen kann von einem generell zu hohen Lohn- und Sozialleistungsniveau keine Rede sein. Von 1982 bis 1992 ist die bereinigte Lohnquote in Deutschland (West) von 77,8 Prozent auf 71,7 Prozent zurückgegangen. Die Sozialleistungsquote sank im gleichen Zeitraum von 33,2 Prozent auf 31,4 Prozent (ohne West-Ost-Transfer sogar 29,8 Prozent). Hauptursache für die öffentlichen Finanzprobleme sind nicht die Sozialleistungen, sondern die hohen Folgekosten der Arbeitslosigkeit sowie schwere Fehler und Versäumnisse bei der Finanzierung der deutschen Einheit.

Unsere Antwort

Unsere strategische Antwort auf die Krise beruht auf drei Elementen:

- Einer aktiven staatlichen Industrie- und vor allem ökologisch orientierten Modernisierungspolitik,
- der Fortsetzung der hochlohn- und hochproduktivitätsorientierten Arbeits- und Sozialpolitik, die die Infrastruktur eines modernen Industriestandortes gewährleistet,
- einer Arbeitszeit- und Arbeitsmarktpolitik, die sowohl die Arbeitsproduktivität fördert als auch die Beschäftigungsprobleme auffängt, welche durch eine noch so effiziente industrieorientierte Wachstumsstrategie allein nicht gelöst werden können.

Dabei kommt einem leistungsfähigen sozialen Sicherungssystem eine wichtige positive Schlüsselrolle zu (Sozialstaat als Produktivkraft). In unserem historisch gewachsenen Sicherungssystem werden die Kosten der sozialen Sicherung ganz überwiegend auf die Arbeitskosten umgelegt. Dies ist im Rahmen einer industrie- und weltmarktorientierten Strategie von Vorteil, weil ein ständiger Anreiz zur Verbesserung der Arbeitsproduktivität gesetzt wird. Voraussetzung ist allerdings, daß sich die Entwicklung der Arbeitskosten insgesamt an den Produktivitätssteigerungen orientiert.

Zur Entwicklung der Lohnstückkosten

Die Arbeitskosten sind in Deutschland von 1982 bis 1992 nur wenig gestiegen. Maßgeblicher internationaler Vergleichsmaßstab sind allein die Lohnstückkosten (Verhältnis von Arbeitsleistung und Arbeitskosten). Sie umfassen alle Personalkosten einschließlich der Lohnnebenkosten sowie einen eventuellen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen. Die (nominale) Steigerungsrate der Lohnstückkosten in den vergangenen zehn Jahren lag mit 2,1 Prozent pro Jahr deutlich unter der durchschnittlichen Entwicklung aller westlichen Industrieländer (OECD) mit 4,7 Prozent. Ab Jahresmitte '91 hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft allerdings deutlich verschlechtert. Ursächlich dafür sind vor allem die starke Aufwertung der DM sowie ein erheblicher Anstieg der Lohnnebenkosten durch die falsche Finanzierung einheitsbedingter Lasten über die Beitragszahler der Sozialen Sicherungssysteme. Trotz der Skepsis gegenüber der Forderung nach einer prinzipiellen Absenkung der Arbeitskosten ist in

der konjunkturellen Lage der Jahre '93 und '94 eine Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge wünschenswert. Der geeignete Weg ist die Übernahme der einheitsbedingten Kosten der Sozialversicherungen durch den Bund und deren Finanzierung über Steuern. Da die einheitsbedingten Defizite bei zunehmender Beschäftigung in Ostdeutschland abnehmen werden, würde insoweit auch das Finanzierungssystem der Sozialversicherung nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Für eine Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme

Der politische Zugriff auf die Sozialversicherung hat in der Vergangenheit dazu geführt, daß in konjunkturellen Krisen die Sozialleistungen gekürzt wurden, wiewohl der Bedarf besonders hoch war. Die Einschränkungen der Sozialleistungen wirken zudem prozyklisch, also krisenverschärfend, da sie die Binnennachfrage verringern. Erforderlich ist demgegenüber ein Steuerungskonzept, das die Sozialversicherungen auch in wirtschaftlichen Krisen stabilisiert. Für die Rentenversicherung ist mit der Rentenreform '92 ein selbststeuernder Regelmechanismus eingeführt worden, der ständige Eingriffe des Gesetzgebers überflüssig macht. Danach werden bei Finanzierungsengpässen automatisch einerseits der Beitragssatz und der Bundeszuschuß erhöht; andererseits werden die Rentner durch die netto lohorientierte Rentenanpassung indirekt an der Beitragserhöhung beteiligt und tragen insofern durch Abflachung des Rentenanstiegs zur Sicherung der Renten bei.

Auch die Arbeitsförderung ist durch einen an den besonderen Erfordernissen der Arbeitsmarktpolitik orientierten Regelmechanismus zu ergänzen. Ziel ist eine Prioritätenumkehr von der bislang überwiegend passiven Finanzierung von Arbeitslosigkeit zu einer aktiven Arbeitsförderung. Dabei soll sichergestellt werden, daß in einer ersten Phase mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben der Bundesanstalt für Arbeit in die aktive Arbeitsförderung fließt. Gleichzeitig könnte auf diesem Weg die dringend erforderliche Verlässlichkeit und Verstetigung der aktiven Arbeitsförderung sichergestellt werden. Die Finanzierung soll über getrennte Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und zur Arbeitsmarktpolitik erfolgen. Ein konjunkturabhängiger Bundeszuschuß ergänzt die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik und trägt den Erfordernissen einer antizyklischen Finanzpolitik Rechnung. Selbständige und Beamte sind durch einen eigenen Arbeitsmarktbeitrag an der Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik zu beteiligen. Damit wird die finanzielle Basis zur Förderung von Arbeit breiter und gerechter zugleich.

Vollbeschäftigung als gesellschaftspolitisches Ziel

Vollbeschäftigung als Ziel der Wirtschafts- und Arbeitspolitik - wie im Stabilitäts- und Arbeitsförderungsgesetz gefordert - muß im gesellschaftlichen Bewußtsein als vorrangige politische Aufgabe verankert werden. Ein ernsthaftes Interesse der Konservativen, die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, war und ist nicht zu erkennen. Die enorme gesellschaftliche Vertreibung der Armut hat hier ihre wesentliche Ursache. Die Finanzkrise der sozialen Sicherungssysteme und der öffentlichen Haushalte korrespondiert unmittelbar mit den durch Arbeitslosigkeit bedingten Steuer- und Beitragsausfällen. Die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit betragen in 1993 circa 114 Milliarden DM. Dabei sind weder die sozialen Kosten noch die Opportunitätskosten für entgangene Wertschöpfung eingerechnet.

Eine Gesellschaft, die ihre Mitglieder fast ausschließlich über die Erwerbsarbeit integriert, kündigt in dem Maß ihren eigenen sozialen Grundkonsens auf, in dem sie Menschen von der Teilhabe an der Erwerbsarbeit ausschließt. Hier liegt eine Hauptursache für drastisch wachsende Alltagskriminalität, Gewaltbereitschaft und Ausländerfeindlichkeit. Die innere Stabilität eines Landes ist insbesondere für ausländische Investoren ein wichtiger Ansiedlungs- und damit Standortfaktor. Soll die soziale und politische Stabilität zurückgewonnen werden, müssen entweder neue Formen der sozialen Integration gefunden oder aber es muß die Erwerbsarbeit mit dem Ziel der Vollbeschäftigung anders organisiert werden. Vollbeschäftigung ist angesichts eines prognostizierten Fehlbestands von über sechs Millionen Arbeitsplätzen nur mittelfristig

erreichbar. Dazu bedarf es neben der Erschließung neuer Märkte durch eine umweltorientierte Wirtschaftspolitik einer Neugestaltung der Arbeitszeit sowie für längere Zeit - entlang der demographischen Entwicklung - eines breiten öffentlich geförderten Arbeitsmarktes.

Arbeit fördern statt Arbeitslosigkeit finanzieren

"Die Gelder für durch Arbeitslosigkeit bedingte Leistungen sind besser zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu verwenden" (EG-Präsident Delors). Arbeit fördern statt Arbeitslosigkeit finanzieren ist das Grundanliegen des dem Bundestag vorliegenden SPD-Antrags für ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG). Die Arbeitsmarktpolitik ist gerade in Phasen verstärkter Arbeitsplatzverluste auszubauen und mit wirtschaftsnahen Förderinstrumenten zu ergänzen. Der Vorrang der aktiven Arbeitsmarktpolitik vor der passiven Zahlung von Lohnersatzleistungen muß durch regelgebundene Haushaltsvorschriften verbindlich verankert sein. Berufliche Qualifizierung und die Verbesserung der ökologischen, sozialen und kulturellen Infrastruktur sollen Langzeitarbeitslosigkeit verhindern und tragen dazu bei, die Standortqualität zu sichern. Die rasche technische Entwicklung und damit einhergehende qualifikatorische Veränderungen sowie die Folgen des demographischen Wandels erfordern eine vorbeugende Qualifizierungsstrategie mit Schwergewicht bei Frauen, älteren Arbeitnehmern und Ausländern. Die Einbeziehung von Qualifizierungsmaßnahmen in öffentlich geförderte Arbeitsprojekte soll die notwendige Durchlässigkeit zum ersten Arbeitsmarkt erleichtern. Die Arbeitsverhältnisse im geförderten Arbeitsmarkt werden durch Tarifverträge gestaltet.

Der Schwerpunkt der öffentlichen Arbeitsförderung wird entsprechend der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland liegen. Außerdem ist es zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes in den neuen Ländern besonders wichtig, hochqualifizierte Fachleute in der Region zu halten. Deshalb kann sich die Lohnpolitik in Ostdeutschland nicht ausschließlich an der Produktivitätsentwicklung orientieren.

Die Arbeitszeit neu gestalten

Aus beschäftigungspolitischen Gründen sind weitere kontinuierliche Verkürzungen der Arbeitszeit dringend geboten. Gesamtwirtschaftlich können diese ohne Einkommensverluste im Rahmen des Produktivitätszuwachses finanziert werden. Hierbei sind alle Formen einer beschäftigungsfördernden Arbeitszeitpolitik zu prüfen wie zum Beispiel ein einkommensdifferenzierter Lohnausgleich, Sabbatjahr, Weiterbildung in der Arbeit, bis hin zur Subventionierung von Arbeitszeitverkürzungen bei den unteren Lohngruppen. Der von der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegte Entwurf für ein neues Arbeitszeitgesetz sieht darüber hinaus vor, daß Überstunden in einer bestimmten Ausgleichszeit zwingend durch Freizeit kompensiert werden müssen. Das gegenwärtige Überstundenvolumen entspricht rein rechnerisch etwa einer Million Vollzeitarbeitsplätzen.

Maschinenlaufzeiten besser nutzen

Aufgrund verstärkter Implementation des technischen Fortschritts wachsen die Investitionskosten zur Schaffung beziehungsweise Modernisierung von Arbeitsplätzen. Beide Tendenzen - kontinuierliche Arbeitszeitverkürzung und wachsende Kapitalintensität - erfordern eine fortschreitende Entkoppelung der Betriebsnutzungszeit von der individuellen Arbeitszeit. Eine auch zeitlich optimale Nutzung der Betriebsmittel reduziert die Kapitalstückkosten. Der SPD-Entwurf für ein neues Arbeitszeitgesetz berücksichtigt diesen Zusammenhang. Er erweitert die Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Arbeitszeit, um sowohl den Forderungen nach längeren Betriebsnutzungszeiten wie den wachsenden Ansprüchen der Beschäftigten nach mehr individueller Zeitsouveränität Rechnung zu tragen, gerade auch zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die im EG-Vergleich relativ niedrigen Betriebsnutzungszeiten in Deutschland beruhen auf einer freiwilligen Selbstbeschränkung der Unternehmen. Die vorhandenen gesetzlichen und tariflichen Spielräume werden von der überwiegenden Mehrheit der Betriebe nicht ausgeschöpft.

Arbeitsschutz fördert Humanisierung und Produktivität der Arbeit

Ein hochwertiger Arbeitsschutz fördert gleichermaßen die Humanisierung und Wirtschaftlichkeit der Arbeit. Kurzfristige Kostensteigerungen bewirken mittel- und langfristig eine deutlich verbesserte Arbeitsproduktivität. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeitsschutz verursachen krankheits- und unfallbedingte Fehltag in Deutschland jährliche Folgekosten in Höhe von circa 90 Milliarden DM. Ein deutlich verbesserter Arbeitsschutz ist zudem erforderlich, weil aus demographischen Gründen für die Unternehmen zukünftig hochqualifizierte und hochproduktive ältere Beschäftigte im Arbeitsprozeß unverzichtbar sind. Außerdem zeichnet sich ab, daß mit neuen Produktionskonzepten und veränderter Arbeitsorganisation der Arbeitsschutz weiter an Bedeutung gewinnt. Die SPD hat diese Forderungen mit einem parlamentarischen Antrag für ein einheitlich und modernes Arbeitsschutzgesetzbuch aufgegriffen.

Die Tarifautonomie schützen

Die Lohnpolitik ist ein wesentlicher Einflußfaktor auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung. Dabei hat der Grundkonsens über die Tarifautonomie unbestreitbar zum wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland beigetragen. Auch die Lohnabschlüsse 1993 (unterhalb der Preissteigerungsrate) und die maßvollen Tarifforderungen belegen die gesamtwirtschaftliche Verantwortung der Gewerkschaften. Dies ist durchaus als ein außerordentlicher Beitrag der Tarifpolitik für Investitionen in Ostdeutschland anzusehen.

Die Bundesregierung ergreift jedoch einseitig für die Arbeitgeber Partei, sie ist sogar dabei, die Kampfkraft der Gewerkschaften systematisch zu schwächen. Die SPD muß dagegen mit aller Kraft Widerstand leisten und die Tarifautonomie verteidigen zum Beispiel gegen Tariföffnungsklauseln, gesetzlich festgelegte Abschläge von Feiertagslohn, Tarifiucht durch Werkverträge und Scheinselbständige u.a. Verschärfte soziale Auseinandersetzungen würden die Arbeitsproduktivität senken und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nachhaltig verschlechtern. Im Rahmen der Tarifautonomie wäre es übrigens immer noch möglich, die Finanzierung der Pflegeversicherung zu lösen.

Europäische Sozialpolitik

Die zunehmende wirtschaftliche Verpflichtung in der EG, vor allem bei den Konzernen, weist der europäischen Sozialpolitik in Zukunft eine stärkere Rolle zu. Der Arbeitsschutz ist schon weitgehend auf die EG verlagert, es kommt jetzt darauf an, auch arbeitsrechtliche Mindeststandards zum Beispiel zum europäischen Betriebsrat EG-weit zu vereinbaren. Daneben muß die EG versuchen, im internationalen Handel Wettbewerbsverzerrungen durch soziales Dumping zu verhindern.

Eine sozialpolitische Kampagne ist notwendig

Die konservativ geführte Standortdebatte ist gekennzeichnet durch die gänzlich einseitige Verengung auf das Thema Arbeitskosten in seinen verschiedenen Ausprägungen. Die darüber hinaus sozialpolitisch relevanten Standortfaktoren wie Arbeitsschutz, Arbeitsorganisation, Qualifikationsniveau, soziale Infrastruktur und allgemein sozialer Frieden bleiben im konservativen Diskussionspektrum systematisch ausgeblendet.

Die Instrumentalisierung der Standortdebatte hat einen doppelten Grund. "Die 'Gunst der Rezession'" und damit einhergehende Ängste und Verunsicherungen in der Bevölkerung werden dazu benutzt, den immer schon gewollten Abbau von sozialen Standards (Deregulierung) als ökonomischen Königsweg zu propagieren. Eine spezifische "Opfermentalität" in weiten Teilen der Bevölkerung soll die Akzeptanz dieser konservativen Politik fördern.

Die SPD muß die tatsächlichen ökonomisch-sozialen Zusammenhänge in Form einer sozialpolitischen Kampagne offensiv vertreten. Wir müssen Arbeitnehmer, Arbeitslose und sozial Ausgegrenzte gemeinsam ansprechen, indem wir die Sündenbockkampagne gegen die Gewerkschaften als durchsichtige Ablenkungsmanöver bloßlegen und den positiven Beitrag der Sozialpolitik für die Arbeitsproduktivität und generell für den gesellschaftlichen Konsens herausstellen.

{/19. Oktober 1993/ks/ks}